

# Das geheime Leben der Reichen

*Arbeitsministerin Nahles stellt Bericht vor – Einkommen über 18 000 Euro fallen aus der Statistik – Vorwurf der Zensur*

Von Violetta Kuhn und Ruppert Mayr

**Berlin.** Der Reichtum in Deutschland gleicht einer „Black Box“. Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) erläutert dazu, wer mehr als 18 000 Euro pro Monat verdiene, falle aus jeder Statistik – spätestens seit Wegfall der Vermögenssteuer. Alles, was darunterliegt, vom Hartz-IV-Empfänger bis zum Mittelständler, wird dagegen in allen Schattierungen ausgeleuchtet, so ein weit verbreiteter Vorwurf. Der Verdacht, dass oberhalb dieser Einkommensgrenze Steuern „vermieden“ werden, drängt sich auf.

Auch deshalb hat die Ministerin in ihrem neuen Armuts- und Reichtumsbericht einen neuen Ansatz gewählt und den Blick auch auf die große Unbekannte Reichtum gerichtet. Nachdem ihr Bericht – nach langem Gezerre innerhalb der Großen Koalition – am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet wurde, sagt sie: „Die reichsten 10 Prozent der Haushalte

besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Netto-Vermögens. Die untere Hälfte nur 1 Prozent.“ Und während die Einkommen der Gutverdiener in den vergangenen Jahrzehnten noch weiter stiegen, kam bei den Armen kaum etwas an. Manche haben heute unterm Strich sogar weniger als Mitte der 90er-Jahre.

Weiteres Ergebnis: Wohlhabende Menschen gehen eher wählen als ärmere. Damit gewinnt auch die Frage an Brisanz: Wie viel größer ist der Einfluss reicher Bürger auf die Politik als der der armen? Die landläufige Meinung geht dahin, dass die Reichen und die Wirtschaft Interessen eher durchsetzen können als Arbeitnehmer und deren Vertretungen, Gewerkschaften etwa.

Nahles wollte offensichtlich genauer wissen, wie Einflussnahme funktioniert. Doch damit stieß sie wohl auf Widerstand. Ganze Passagen sollen aus dem Bericht gestrichen worden sein. Ende letzten Jahres – das Papier war gerade in der

Ressortabstimmung – wurden Zensurvorfälle laut: So findet sich Medien zufolge in einer zweiten Fassung nicht mehr der Hinweis darauf, dass Reiche mehr Einfluss auf politische Entscheidungen hätten. Ebenfalls gestrichen wurde das Unterkapitel „Einfluss von Interessenvertretungen und Lobbyarbeit“.

Nahles wollte ihre Ergebnisse aber nicht ganz unter den Tisch fallen lassen. „Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte dieses Reichtumsberichts alles, was wir erarbeitet haben, auch öffentlich gemacht“, sagt sie. „Es wurde also nichts verschwiegen und gekürzt.“

Die Bundesregierung erstellt den Bericht alle vier Jahre. Damit besteht auch die Möglichkeit, dass seine Veröffentlichung in den Wahlkampf fällt. Als Wahlkampfmunition will Nahles die Ergebnisse nicht verstanden wissen. Doch die Wahrscheinlichkeit, dass die Themen Armut und Reichtum vor der Bundestagswahl ausgespart werden, ist gering.

Zumal sich die SPD und ihr Herausforderer Martin Schulz das Thema soziale Gerechtigkeit selbst auf die Fahnen geschrieben haben. Und schon macht Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) die Koalitionspartner CDU und CSU für die Missstände verantwortlich.

„Der Bericht zeigt ganz konkret, dass wir Familien mehr unterstützen müssen“, so Schwesig. Das Risiko, dass Kinder verarmen, sei besonders groß, wenn Eltern alleinerziehend seien. „Die Union hat in den letzten vier Jahren von Anfang an jeden Vorschlag, den ich für Familien gemacht habe, blockiert.“

Von CDU-Politikern dagegen ist zu hören, Deutschland sei ein „Land der Chancen“, vieles habe sich in der letzten Legislaturperiode zum Besseren gewendet. Die positive Entwicklung wirke sich maßgeblich auf die Lebenssituation der Bundesbürger aus, sagt Regierungssprecher Steffen Seibert und begründet diese These ebenfalls mit dem Bericht.